

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Redaktionsamt
Tageblatt Riesa,
Fennel Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Reichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1330.
Strohlasse:
Riesa Nr. 22.

Nr. 28.

Donnerstag, 28. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbesorgung 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr mittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Geste Kartons. Bewilligter Rabatt zehlfach, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingeklagt werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Verfallsdatum: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger- oder Verlagsanstalt — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Redaktionsamt und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Heute Ministerbesprechung in Berlin.

Am heutigen Donnerstag findet im Reichsinnenministerium eine Aussprache zwischen dem Reichsinnenminister und den Kultusministern der Länder statt. Ihr Thema ist:

Entpolitisierung der Jugend.

Wie wir erfahren, ist man bei verschiedenen Länderregierungen über die vor etwa drei Wochen ergangene Einladung zu der Konferenz etwas überrascht gewesen. Man vertritt sich von allgemeinen Empfehlungen für eine Entpolitisierung der Jugend und, was wichtiger wäre, vor allem der Schulen, nicht sehr viel. Ein Anlaß für neue einschneidende Maßnahmen liegt aber nicht unmittelbar vor, da die bisherigen Erlasse den Schulbehörden und Kultusministern genügend Handhaben bieten, um gegen politische Auswüchse Jugendlicher vorzugehen. In Preußen ist z. B. noch immer ein Erlass des früheren Unterrichtsministers Voelck in Kraft, der die Schulen nicht nur befreit, sondern verpflichtet, gegen Schüler vorzugehen, die in staatsfeindlichen Reden und Vereinigungen Mitglieder sind. Wenn von diesem Erlass nicht mehr Gebrauch gemacht wird, so liegt dies an pädagogischen Bedenken, die einer rigorosen Anwendung im Wege stehen. Man kann nicht Angehörigen der höheren Schulen ein Interesse für Politik, das man 16- oder 17jährigen im Wirtschaftsleben stehenden Lehrlingen und Arbeitern ohne weiteres zubilligt, abprechen. Das einzige, was stärker als bisher durchgeführt werden kann, ist eine Ausschaltung der Politik aus dem eigentlichen Schulbetrieb. Aber auch hier wird man wohl das Tragen von politischen Abzeichen, nicht aber Diskussionen verbieten können, die sich aus der Schularbeit von selbst ergeben und den Charakter einer sachlichen Aufklärung der Schüler nicht verlieren. Wichtigster als eine schematische Entpolitisierung der Jugend und Schulen erscheint vielen Kreisen eine echte Politisierung, die an den Problemen nicht vorübergeht, sondern durch Aussprachen im Geiste des Rechts die gegnerischen Standpunkte der immer irgendwie radikalen Jugend klärt und vertieft. Eine andere Frage ist noch die Entpolitisierung der Lehrerschaft, die überall dort, unter Umständen auch auf disziplinarischem Wege nach Auffassung pädagogischer Sachkenner, herbeigeführt werden sollte, wo der blinde Parteilich und Schlagworte bereits eingesetzt sind. Hier wird möglicherweise die Konferenz beim Reichsinnenminister gewisse Anregungen geben können. Nach unseren Informationen beschließen die Länder jedoch keineswegs, von sich aus Vor schläge zu machen. Sie warten die Vorschläge des Konferenzeinberufers ab.

Zusammentritt der Kultusminister.

Berlin. (Funkpruch.) Die angekündigte Konferenz der Kultusminister der Länder über die Frage der Entpolitisierung der Schulen ist heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Groener zusammengetreten. Die meisten Länder sind durch ihre Kultusminister persönlich vertreten.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England

sind, wie anders nicht zu erwarten war, an der Hartnäckigkeit des englischen und der Sturheit des französischen Standpunktes gescheitert. Von einer Zusammenkunft zwischen Noel und MacDonald ist vorläufig nicht die Rede. Sie ist auf einen späteren Zeitpunkt verlagert worden, versagt wie alles, was gegenwärtig beabsichtigt eine Lösung erfordert und aus Mangel an politischem Sauerstoff schwächlich und peinlich weiterläuft. Auch die deutsch-französischen Auseinandersetzungen sind selbstverständlich durch das Scheitern der englisch-französischen Verständigung unmittelbar berührt worden. Die englische These eines kurzfristigen „vollständigen Moratoriums“ bis zum Zusammentritt einer wirklich beschlußfähigen Reparationskonferenz war für Deutschland durchaus annehmbar. Die Abgabe Frankreichs hat diesen Vermittlungsvorschlag auf Eis gelegt. An seine Stelle ist eine neue Diskussion über die Höhe der deutschen Leistungen und ihre Anrechnung auf die Wiederanfertigungskosten getreten. Was der französische Finanzminister Flanbin an propagandistischen Weisheiten zu diesem Thema „ausleuchtet“ ließ, ließ sich selbstverständlich in Berlin auf Kritik abheben. Der deutsche Standpunkt in diesen Fragen wird bereits in der nächsten Zeit klar herausgearbeitet werden. Die seit langem angekündigte authentische Darstellung des auswärtigen Amtes steht unmittelbar vor der Veröffentlichung. Der weitere Verlauf der deutsch-französischen Verhandlungen wird wahrscheinlich sein, daß man es bei der jetzigen Vertagung jeder Entscheidung bewenden läßt. Auf beiden Seiten wird immer wieder versichert: Erst müssen die Wahlen in Deutschland und Frankreich vorbei sein, vorher ist ein Zusammenkommen unserer Staatsmänner im Grunde zwecklos. In Berliner politischen Kreisen hat man sich mit dieser Ainsparierung der Entscheidung wohl oder übel bereits abgefunden. Das alte Berichtswort „Im Westen nichts Neues“ erhält wieder einen Sinn. Sowohl „Wiederholungen“ in den nächsten Tagen zu erwarten sind, werden sie wahrscheinlich auf innerpolitischem Gebiete zu suchen sein.

Ein Aufruf für die Volkswahl Hindenburgs.

Oberbürgermeister Sahm bildet einen Ausschuß für die Volkswahl Hindenburgs.

München, 28. Januar.

Ein größerer Kreis überparteilicher Persönlichkeiten aus verschiedenen Ständen und Kreisen des Landes Bayern erläßt nachstehenden Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg:

Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungsreichen internationalen Verhandlungen ist mitbedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterführer steht.

Auf den Einlaß des gewaltigen Ansehens, das der Name Hindenburg im In- und Auslande genießt, dürfen wir nicht verzichten. Kein zweiter Deutscher besitzt in ähnlichem Maße das überparteiliche Vertrauen des deutschen Volkes, kein Zweiter vertritt so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland. Wir sollten deshalb dem Schicksal für jede Stunde danken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt weiterhin ausübt.

Sein Ausscheiden würde schwere Parteidämpfe heraufbeschwören, deren Ausgang ungewiß ist, würde den Weg für Inflationsschwärze freimachen, die vermieden werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist.

Vor sieben Jahren feierte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gedankens. Deutsche Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu heben.

Die Reichsverfassung sieht die Volkswahl vor und damit die Kundgebung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten.

Das bayerische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mitbeeinflusst. Wir halten uns daher beug, den ersten Schritt zu tun.

Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der, wie kein zweiter, Deutschland vertritt. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten wählen, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen.

Unser Ruf ergeht an alle ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechts, des Bekenntnisses und der Partei.

München, den 27. Januar 1932.

H. Jahn

Präsident des Reichsfinanzhofes I. R.

Es folgt eine Reihe weiterer Unterschriften, unter ihnen: Dr. A. Bög, Verlagdirektor; Graf von Bothmer, Generaloberst a. D.; Buchner, Verleger; Frig Buchner, Hauptschriftleiter; Freiherr von Cramer-Klett, Gutsbesitzer; Dr. H. Dorn, Präsident des Reichsfinanzhofes; Dr. Eicherich-Jen, Forstwart; Dr. Fehr (Weihenstephan), Minister a. D.; Cajetan Freund, Schriftleiter; Fürst Fugger-Gleött; H. Freiherr von Gebhart (Bamberg), General a. D.; Dr. R. Goebel, Präsident der Akademie der Wissenschaften; Dr. Max Halbe, Schriftsteller; Dr. Georg Heim, Regensburg; Hipp, Regensburg, Oberbürgermeister; Dr. H. Kufner, Zweiter Bürgermeister; Dr. G. Leopold, Verlagdirektor; H. von Seiber, Oberst a. D.; Dr. R. Schornagl, Oberbürgermeister; Adolf Schiedt, Chefredakteur; Ferdinand Schmidhneider, Verleger; Dr. R. Willstaetter, Universitätsprofessor.

Rücktritt der österreichischen Regierung.

Wien. Der Ministerrat beschloß nach einem Bericht des Bundeskanzlers die Gesamtdemission der Bundesregierung, die von dem Bundeskanzler (sogleich dem Bundespräsidenten) unterbreitet wurde. Der Bundespräsident nahm die Demission der Gesamtdemission an.

In Berücksichtigung der innen- und außenpolitischen Lage Österreichs, die zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler eingehend erörtert wurde, hat sogleich der Bundespräsident Dr. Buresch erlaßt, die Wiederbetragung mit dem Amte des Bundeskanzlers zu übernehmen und ihm sogleich wie möglich seine Vorschläge über die Bildung der neuen Regierung zu übermitteln. Bundeskanzler Dr. Buresch hat sich bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen.

Wien. Der Rücktritt der Regierung Buresch, der sogleich durch Extrablätter bekannt gemacht wurde, hat hier allgemein Überraschung hervorgerufen. Man hatte erst für die nächsten Tage, nach der morgen vorgesehene Wahl des Obmannes der Christlich-Sozialen Partei, einen Regierungswechsel erwartet. Bundeskanzler Buresch kündigte für 16 Uhr Verhandlungen mit den Parteiführern im Parlamente an, die bereits der Neubildung des Kabinetts im Parla-

Bildung eines „Hindenburg-Ausschusses“

Berlin, 28. Januar.

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Dr. Sahm, ist, wie wir erfahren, seit mehreren Tagen an die Bildung eines überparteilichen Ausschusses führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes bemüht, der die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg in die Wege leiten soll. Es ist dabei an Männer und Frauen gedacht, die in maßgebender Stellung mit großen Bevölkerungskreisen in enger Fühlung stehen. Dr. Sahm wird die Einladungen an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten in kürzester Frist hinausgehen lassen, so daß der „Hindenburg-Ausschuß“ schon Anfang nächster Woche mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten dürfte.

Der bürgerliche Aufruf zur Wiederwahl Hindenburgs.

München. Wie sich aus den Unterschriften des von hier aus verbreiteten Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg ergibt, handelt es sich um eine von nicht parteimäßig angeordneten Persönlichkeiten eingeleitete Aktion. Schon die ersten sind in der Hauptstadt nicht als Parteimänner zu werten, sondern genießen weit über den Rahmen der Parteien hinaus, denen die eine oder andere Verantwortlichkeit angehört, höchstes Ansehen. Man kann also wohl feststellen, daß hier ein Gremium zusammengelassen hat, dem die Sorge um Deutschlands Schicksal über Parteigrenzen geht, wenn auch Kreise der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Nationalsozialistischen Reichsbewegung in der Liste vertreten sind. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Unterzeichnern auch Persönlichkeiten befinden, die zur heutigen Reichsregierung in Opposition stehen, so etwa die führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei in Bayern, Geheimrat Dr. Dietrich und die Landtagsabgeordnete der gleichen Partei, Frau Gertraud Wolf, sowie, wenn wir recht unterrichtet sind, auch einzelne Persönlichkeiten aus dem bayerischen Stabteil.

Von namhaften Organisationen und Verbänden finden sich, wenn auch zunächst nicht korporativ, so doch durch die Namen ihrer Führer oder maßgebender Persönlichkeiten vertreten, der bayerische christliche Bauernverein mit Geheimrat Dr. Deim, der bayerische Heimatbund durch Oberforstrat Dr. Eicherich, der bayerische Beamtenbund durch Regierungsdirektor Gommann und die Deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft durch Dr. Freiherr v. Branca. Mit Dr. Ritter von Holt und dem Senatspräsidenten im Ruhestand Dr. Müller-Reinigen stehen die Namen zweier prominenter Führer bayerischer Sport- und Turnerverbände auf der ersten Liste der Unterzeichner.

Im übrigen kann man sagen, daß neben der christlichen Arbeiterkassen Kreise von Industrie, Handel und Handwerk, weiteste Schichten der Landwirtschaft, der Kunstlerkassen, der Presse und des Schrifttums, der Wissenschaft und der Wissenschaft, Justiz und Kommunalwirtschaft ihre namhaftesten Namen gegeben haben.

Die Wiener Blätter zum Sturz Schobers.

Wien. (Funkpruch.) Einkimmia kommt in der ganzen heutigen Morgenpresse zum Ausdruck, daß es sich bei dem Rücktritt der Regierung Buresch in erster Linie darum gehandelt habe, einen Wechsel im Außenministerium vorzunehmen. Der Grundton aller Kommentare, daß es um Dr. Schöber und mehr oder weniger um den von ihm vertretenen außenpolitischen Kurs gegangen sei, wird je nach der Parteirichtung der Zeitungen variiert.